

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenspreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von H. Breg. Druck von C. H. S. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Der sterbende Industrieverband.

Das ist eben der Fluch der bösen Tat, daß es fortzuehend immer Böses muß gebären. Othavio in Schillers "Die Piktokoloni".

Er versteht auch nicht in Schönheit zu sterben, der kommunistische Industrieverband der Chemie, der er nie war und nie werden kann. Das scheint er bereits selbst eingesehen zu haben, denn die Kapitane möchten, wenn auch nicht das Schiff, so doch ihre werke Persönlichkeit in den sicheren Hafen bringen, oder auch sich in den Gewerkschaften wieder eine breitere Basis, d. h. ein Publikum für ihre losen Streiche suchen. Streberel, Überhebung, Ignoranz, Beschimpfungen, Verleumdungen, das waren die hervorragenden Merkmale innerer organisatorischer Verteidigung der führenden Personen des Industrieverbandes. Nach außen: Wie der Zirkusclown, so haben sie auf gewerkschaftlichem Gebiete vor den Augen der Unternehmer und zum Vergnügen aller Scharfmacher Späße aufgeführt, wofür die Arbeiterschaft die Kosten zu tragen hatte, nicht nur materiell, am schlimmsten in moralischer Beziehung.

Der Industrieverband, mit seiner stärksten Anhängergruppe im Gebiet Ludwigshafen, ist in mehrere Teile zerfallen. Die den Mitgliedern angelernete Zellenbildung, die widerliche Hege gegen führende Personen in unserem Verbands haben sich ausgewirkt in der eigenen Organisation. Der "Proletarier" hat diese zwangsläufige Entwicklung wiederholt vorausgesagt. Die zerfallenen Bruchstücke des Industrieverbandes begreifen sich jetzt gegenseitig in Flugblättern und werfen sich die größten Niederträchtigkeiten vor. Um zu retten, was noch zu retten ist, hat die sogenannte "Reichsleitung" des Industrieverbandes in Ludwigshafen zusammengetrommelt, was an Unorganisierten, an noch etwa vorhandenen Sekreten anzubringen war, um den Anschein zu erwecken, als stünden noch nennenswerte Arbeitergruppen hinter der "Reichsleitung". Von diesem Häuflein ließ man Resolutionsen fassen, die eine Vereinigung des Industrieverbandes mit dem Fabrikarbeiterverband fordern. Hierauf hat die "Reichsleitung" des Industrieverbandes mit Datum vom 2. April 1925 folgenden Brief an unseren Hauptvorstand geschickt:

An den Hauptvorstand der Fabrikarbeiterverbände, Hannover.

Gewerkschaftskollegen! Am 26. März haben in Ludwigshafen eine Anzahl Versammlungen der SAEG-Arbeiterschaft stattgefunden. Die Versammelten nahmen Stellung zur Lage der chemischen Industrie und bekannten durch Annahme der beiden beiliegenden Entschlüsse, daß die Arbeiterschaft der chemischen Industrie bereit ist, mit allen Mitteln für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu kämpfen. In den Entschlüssen fordern die Versammelten, daß in den Betrieben alles daran gesetzt werden muß zur Herbeiführung der gewerkschaftlichen Einheit. Alle Unorganisierten müssen für die Gewerkschaften zurückgewonnen werden. Diese große Masse der Unorganisierten sind eine Gefahr für die Chemieproleten und wert, daß alle Kräfte zu ihrer Bekämpfung zusammengefaßt werden, damit die Front der Chemiarbeiter gestärkt und die Gewerkschaftseinheit eine Tatsache wird. In verschiedenen Rundgebungen während der letzten Jahre hat unsere Organisation wiederholt versucht, die Einheit aller Chemiarbeiter im Interesse der gesamten Arbeiterschaft herbeizuführen.

Wir haben als Organisation die Willenskundgebung der Antinarbeiter eingehend geprüft und erklären uns erneut bereit, alles zu unternehmen, um diesem Willen der Arbeiterschaft gerecht zu werden.

Die reaktionäre Haltung der Chemiedarone bei den jetzigen Verhandlungen über das Arbeitszeitabkommen und bei den Lohnbewegungen mahnen uns, mit aller Entschiedenheit die Zusammenfassung aller Arbeiter in starken Organisationen zu beschleunigen.

Wir sind der Auffassung, daß alle diese Fragen: Arbeitszeitabkommen, höhere Löhne, einheitliche Listen bei den Betriebsratswahlen, die Einheit der Gewerkschaften gemeinsam mit allen Chemiarbeitern gelöst werden müssen.

Wir erwarten, daß der Fabrikarbeiterverband auch seinerseits zu der von der Gewerkschaftenarbeiterschaft in den Entschlüssen niedergelegten Willensänderung Stellung nimmt und uns umgehend seine Entscheidungen mitteilt.

Mit Gewerkschaftsgruß: Rudolf Sachs, Baumgärtner.

Die "Rote Fahne" Nr. 83 vom 12. April 1925 bringt diesen Brief zum Abdruck. Das kommunistische Zentralorgan ist böshaft genug, dem Industrieverband einen bösen Streich zu spielen. Sie verrät nämlich direkt im Anschluß an diesen Brief durch die folgende Bemerkung, worauf es eigentlich ankommt:

"Auf dem Fabrikarbeiterverbandstag am 5. Juli in Leipzig wird Gelegenheit sein, gründlich mit den Schuldigen abzurechnen. Daß die geeigneten Delegierten zum Verbandstag gesandt werden, dafür muß die Mitgliedschaft jetzt sorgen. (Sehr richtig! Red. des "Proletariers".) Jetzt aber heißt es: Über alle Hindernisse hinweg, sofort zu praktischen Resultaten und zur Einigung zu kommen."

Entweder der Einigungsbrief ist widerliche Heuchelei, oder die Industrieverbändler sind von allen guten Geistern verlassen. Denn einige Tage nach Eingang des Briefes wird die Abrechnung mit den Verrätern erneut angekündigt und die Mitgliedschaft aufgefordert, nur "revolutionäre" Delegierte zum Verbandstag zu wählen. Ganz abgesehen davon, daß

die revolutionären Reichsleiter so sehnsüchtig die Vereinigung mit "Verrätern" erstreben, ist doch die Frage am Platze: Kann man sich mit jemand gütlich einigen, den man beschimpft und bedroht? Wenn die kommunistischen Führer von vornherein ankündigen, im Fabrikarbeiterverband die alten Skandale erneuern, die Mitgliedschaft gegen die Leitung aufheben zu wollen, dann dürfen sie logischerweise nicht erwarten, daß man sie willkommen heißt.

Besucht die Heimarbeit-Ausstellung!

vom 28. April bis 15. Mai 1925 in Berlin in den Landesausstellungshallen am Lehrter Bahnhof stadtfindende

Eintrittskarten sind zum ermäßigten Preise von 20 Pf. von unserer Zahlstelle Berlin erhältlich.

Die Reichsleitung des Industrieverbandes hat ja zudem nichts mehr hinter sich als ein kleines Häuflein völlig verheerter Leute, die als Gesamtheit für eine gewerkschaftliche Organisation kein Gewinn sind.

Der Fabrikarbeiterverband befindet sich in der Agitation. Im ganzen Reiche geht es vorwärts. Wer zu uns kommen will, dem steht jeden Tag der Weg offen. Wer aber aus purer Lust am Skandal bei uns Mitglied werden will, auf den verzichten wir. Im Interesse einer gesunden organisatorischen Weiterentwicklung wird man sich gewisse Leute genau ansehen, bevor man sie als Kollege begrüßt. Mag der so günstig fortschreitende Heilungsprozeß im kommunistischen Lager weiter fortschreiten zum Vorteil der Arbeiterschaft. Ihn zu unterbrechen resp. ihn anzuhalten, könnte für die Arbeiterschaft noch mal verhängnisvoll werden. Mögen die kommunistischen "Reichsleiter" nur die Prügeln hinnehmen, die sie redlich verdient haben und die sie uns jetzt in Aussicht stellen.

Welche Schwierigkeiten die "Reichsleitung" des sogenannten Industrieverbandes hat, ergibt sich aus der Nr. 82 der sogenannten "Arbeiter-Zeitung", dem kommunistischen Sprachrohr in Mannheim. Dort führt die "Reichsleitung" einen verzweifellen Kampf gegen die Opposition in den eigenen Reihen, gegen die unbedingten Kritiker, gegen alle, die sich nicht fügen und in den Industrieverband einordnen wollen. Die Herren von der Reichsleitung hätten schon recht, wenn sie früher als Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes nicht dasselbe getan hätten wie heute die eigene Opposition. Ja, sie haben noch viel schlimmer gehandelt, sie haben entgegen Status, Verbandsstags- und Beiratsbeschlüssen gehandelt, die Mitgliedschaft zur Disziplinlosigkeit angefordert, und nannten diese Disziplinlosigkeiten "freie Meinungsäußerung, Selbstbestimmungsrecht und Demokratie". Würden sie infolge ihres verbandsschädigenden Treibens aus der Organisation ausgeschlossen, dann hienmelerten sie, als sei ihnen Unrecht geschehen, und sofort hätten sie eine neue Organisation auf, in der Hoffnung, die Gesamtmitgliedschaft des Verbandes hinter sich zu bringen. Jetzt, da der Industrieverband resp. die Reichsleitung den Teufel im eigenen Leib hat, das heißt, die Geister, die man rief, nicht mehr los werden kann, schleicht man die Oppositionsführer aus "wegen Verbandschädigung", wie es in der genannten Nummer der "Arbeiter-Zeitung" heißt. Ein gewisser Reisinger wurde diesmal davon betroffen. Der Mann war so neugierig, über verschiedene Verbandsangelegenheiten, insbesondere finanzieller Natur, Auskunft zu verlangen. Und was antwortet die "Arbeiter-Zeitung" resp. die Reichsleitung?

Die Organisationsleitung wird ihren Mitgliedern Aufklärung geben; ein Reisinger aber hat kein Recht, von der Organisation, die er bekämpft, Aufklärung zu erhalten."

Gut gesprochen. Aber in demselben Verhältnis wie Reisinger zum Industrieverband steht der Industrieverband und seine Leiter zum Fabrikarbeiterverband. Und wenn die Schlichter Reisingers in der "Arbeiter-Zeitung" sagen:

Die Mitglieder des Industrieverbandes der Chemiarbeiter und die Mitglieder der KPD, fordern wir auf, von diesen Querköpfen abzurücken. Wer weiterhin mit ihnen zusammenkommt, stellt sich außerhalb der Organisation und der Partei."

so gilt für den Fabrikarbeiterverband und seine Mitglieder das gleiche gegenüber jenen Leuten, die sich mit uns kollegial einigen wollen und zugleich die alte Hege innerhalb unseres Verbandes in Aussicht stellen. Unter solchen Umständen mögen die Reichsleiter unter sich bleiben in ihr verdientes Los - völlige Isolation von der Arbeit. - jaft - erwarten.

Bedenklicher Rückgang der Volkskraft.

Den aufmerksamen Beobachtern ist es nicht entgangen, daß unser Volk die schweren Schäden an seiner Gesundheit, hervorgerufen durch die vierjährigen Entbehrungen des Krieges, die lange Hungerblockade und die Aufregungen der Inflationszeit noch nicht überwunden hat. Rückgang der Volksgeundheit ist gleichbedeutend mit Rückgang der Arbeitskraft.

Der verheerende Tiefstand des Volkes in gesundheitlicher Beziehung tritt am deutlichsten in Erscheinung in dem Anwachsen der Krankenziffern und der damit in Verbindung stehenden starken Belastung der Krankenkassen. Aus den Berichten einiger Krankenkassen geht das einwandfrei hervor. Bei der allgemeinen Ortskrankenkasse Dresden hatte die Krankenziffer nach den Erfahrungen der letzten 40 Jahre einen normalen Stand von 2500 bis 3000 Arbeitsunfähigen pro Monat. Die Zahl stieg im Juni 1924 auf 8345, im Juli auf 8583 und betrug zeitweilig sogar 9000 bis 10 000. Nach bei der Leipziger Ortskrankenkasse war zeitweilig ein Bestand an Arbeitsunfähigen von 10 000 (etwa 4000 über dem Normalstand) zu verzeichnen. Die Arbeitsunfähigenzahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin stieg von 5,2 Prozent am 1. Januar 1924 auf 6,59 Prozent am 1. Juli 1924. Das ist in einem halben Jahre eine Steigerung um 26,7 Prozent. Auch in der Ortskrankenkasse Heilbronn erhöhte sich der Krankenstand von etwa 450 auf 1000. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, welche ungeheuren gesundheitlichen Schädigungen die vergangenen Jahre für unser Volk hatten. Weiße Schichten des Volkes leiden heute an Erkrankungen, die vor dem Kriege in der erwerbsfähigen Bevölkerung weniger bekannt waren als heute, wie Erkrankungen der Verdauungsorgane, des Nervensystems usw.

Vergegenwärtigt man sich die von nur einigen Kassen herangezogenen Zahlen Arbeitsunfähiger, die bei allen Krankenkassen in demselben Maße gestiegen sein dürften, so erkennt man, welche ungeheure Masse von Volksgenossen wegen Krankheit für längere oder kürzere Zeit dem Arbeitsprozeß entzogen werden. Dieser Rückgang der Volksgeundheit ist natürlich von außerordentlicher Bedeutung für die Volkswirtschaft. Neben diesen Arbeitsunfähigen hat jede Krankenkasse dauernd einen recht erheblichen Prozentsatz Kranker, die nicht erwerbsunfähig sind, aber doch infolge von gesundheitlichen Störungen in ärztlicher Behandlung sich befinden und in ihrer Arbeitsleistung ihres Leidens wegen beschränkt sind.

Ist schon der Gesundheitszustand der Erwachsenen gegenüber der Vorkriegszeit ein sehr schlechter geworden, so wirken die gesundheitlichen Verhältnisse der heranwachsenden Jugend geradezu heftigstregend. Die Folgen der Entbehrungen und der schlechten Ernährungsverhältnisse der Jahre 1918 bis 1923 beginnen sich in ihren Folgen erst jetzt bei den Kindern bemerkbar zu machen. Nach von der Regierung eingereichten Berichten sind 50 Prozent der deutschen Kinder kretafals. Weiter zeigen etwa 40 Prozent, teilweise 50 bis 60 Prozent, an einzelnen Industriorten sogar bis 80 Prozent der Schulkinder deutliche Zeichen der Unterernährung. Bereits müssen alljährlich 10 Prozent aller zur Schulaufnahme gelangenden Kinder (6 bis 7 Jahre alt) wegen Unterernährung, Wintarrust und dadurch bedingter Körperchwäche vom Schulunterricht zurückgestellt werden. Die Jahresberichte der Gesundheitsämter und der Schulärzte reden eine erschütternde Sprache. Sie zeigen, daß es allerhöchste Zeit ist, einzugreifen, wenn nicht unabsehbare Folgen für die allgemeine Volksgeundheit eintreten sollen. Denn die Verschlechterung des Gesundheitszustandes unserer Jugend zeigt sich nicht allein in den Erkreuren Volksschichten, sondern ganz allgemein in allen Kreisen der Bevölkerung. Besonders zeigt auch die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen eine rapide Zunahme. Nach einer Denkschrift des preussischen Wohlfahrtsministeriums hat die tuberkulose Infektion mit Tuberkulosebazillen um 15 Proz. zugenommen. Allein 50 Prozent aller Großstadtkinder sollen mit Tuberkulosebazillen infiziert sein. Nach der gleichen Denkschrift zeigt sich die Zunahme der Tuberkulose besonders an den schulpflichtigen Kindern. Während 1918 von 1000 Schulkindern 8,3 Prozent an Tuberkulose erkrankten, waren es im Jahre 1922 bereits 30 Prozent. Die Erkrankungen haben sich also fast verdreifacht.

Darin liegt natürlich eine noch nicht zu übersehende Gefahr für den Bestand des Volkes. Können, dürfen die Kreise des arbeitenden Volkes, können sich die Frauen und Mütter diesen zum Rückgang der Volkskraft führenden Verhältnissen gegenüber gleichgültig, teilnahmslos verhalten? Wie vielen Müttern hat sich das Herz zusammengekrampft, wenn sie sahen, daß ihre Kinder dahinsiechten, weil es ihnen an der notwendigen Nahrung fehlte, wenn sie in schlechten, engen Wohnungen aufwachsen mußten? Und das alles, obwohl die Mütter von früh bis spät mitarbeiteten, um es ihren Kindern an nichts fehlen zu lassen! Wie haben die Mütter, deren Kinder ins Ausland geschickt wurden, ihre Lieblinge frisch und wohlgenährt zurückkehren sehen, und waren doch nicht imstande, sie weiter in guter gesundheitlicher Verfassung zu erhalten. Den Nachwuchs des Volkes gesund zu erhalten ist eine Staatsnotwendigkeit, die zu erfüllen Pflicht der Allgemeinheit ist. Kinder sind das stärkste Kapital des Staates. Dieses Kapital wird nur dann reiche Zinsen tragen, wenn der Staat endlich die Pflicht übernimmt, Mittel bereit zu stellen, die eine Aufzucht gesunden Nachwuchses gewährleisten. Das kann nicht allein durch sportliche Betätigung, so notwendig sie auch für die Entwicklung des Nachwuchses ist, geschehen. Dazu gehört auch eine zweckmäßige Ernährung, die den Eltern bei den heutigen Lohnverhältnissen nicht möglich ist. Dazu gehören Wohnungen, die Luft, Licht und Sonne haben. Das zu beschaffen ist Pflicht des Staates, dessen Existenz von der gesundheitlichen Beschaffenheit des Nachwuchses abhängt. An diese Pflicht muß der Staat immer wieder durch die Mütter des Volkes erinnert werden. Die Jugend ist die Zukunft des Volkes! Aus der Jugend erwachsen auch die Arbeitskräfte der Zukunft. Darum verdienen die Worte aus einem gewerbehygienischen Vortragskurs allgemeine Beachtung: Arbeit und Gesundheit sind Zwillingsschwester, die nur innig miteinander verbunden werden können, aber nur durch Pflege und Schutz der menschlichen Arbeitskräfte werden diese Höchstleistungen für das Ganze vollbringen können.

Deshalb Pflege und zweckmäßige Ernährung den heranwachsenden Arbeitskräften. Weitergehenden Schutz der vorhandenen durch menschenwürdige Entlohnung, entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit und Beseitigung der schädlichen Einwirkungen des Arbeitsprozesses auf die Gesundheit der arbeitenden Menschen. Diese Forderungen durchzusetzen müssen alle Kräfte mobil gemacht werden.

☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

Chemische Industrie

Die Welterzeugung an Kunstseide. Selten hat ein Produkt sich so rapid eingebürgert wie die Kunstseide. Die Welterzeugung betrug 1910 8000 Tonnen im Jahre, 1912 9000 Tonnen, 1924 aber 62 797 Tonnen. An der Spitze unter den Produktionsländern stehen die Vereinigten Staaten mit über 16 000 Tonnen, England und Deutschland mit je beinahe 11 000 Tonnen. Ihnen folgen Italien mit 8400 Tonnen, Frankreich mit 5600 Tonnen, Belgien mit 4000 Tonnen. Die Schweiz, Holland und Österreich verfügen ebenfalls über eine namhafte Produktion an Kunstseide. Die Weltproduktion verteilt sich auf 79 Gesellschaften, die 95 Betriebe besitzen. In Fachkreisen wird angenommen, daß die Jahreserzeugung im laufenden Jahre gegenüber 1924 um weitere 5 Prozent sich vermehren wird, abgesehen von der Möglichkeit neuer Produktionsmethoden und der Erweiterung der Betriebe, deren Wirkungen für die Erweiterung der Produktion erst in späterer Zeit eintreten können.

Papier-Industrie

Zur Papiermaschinenführer-Frage. Wie seit mehreren Wochen im "Proletarier" geführte Aussprache über die Stellung der Papiermaschinenführer im Betrieb und Organisation sowie über deren Entlohnungsfrage dürfte soweit gediehen sein, daß sie beendet werden kann, ohne daß der Vorwurf erhoben werden könnte, es seien die Interessen von allen Lagern nicht voll zur Geltung gekommen. Die Branchenleitung will nicht auf die Äußerungen der einzelnen Kollegen eingehen. Es dürfte genügen, aus dieser Diskussion die Kernfragen herauszuheben und vom Gesichtspunkte der Branchenleitung gleichfalls kritisch zu beleuchten. Vorweg sei aber trotzdem gesagt, daß der Vergleich des Kollegen mit seinen Vorgesetzten ebensojüngere geübt ist, die Diskussion auf eine sachliche Basis zu lenken, wie die übertriebene Empfindlichkeit einiger Maschinenführer, die es sich nicht verkneifen konnten, in ihren Zeitschriften zum Ausdruck zu bringen, daß sie bei einer derartigen Kritik an der Stellung des Maschinenführers einfach "auf die Organisation pfeifen". Wer Kritik in der Öffentlichkeit üben will, muß sich auch kritische Äußerungen Andersdenkender gefallen lassen. Für die gewerkschaftlich organisierte Papierarbeiterchaft kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß der Papiermaschinenführer als die erste Arbeitskraft im Produktionsprozess zu betrachten ist, der - abgesehen von unregelmäßigen Arbeitsstunden - mit seiner Arbeitsleistung und seinen technischen Fähigkeiten auch ohne Lohnzwang sich hinter keinen gekleideten Handwerker zu verstecken braucht. Es wäre deshalb vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus unlogisch, die Forderungen der Papiermaschinenführer zu beschneiden, wenn man diese Forderungen sich im Gesamtinteresse der organisierten Papierarbeiterchaft bewegen. Aus der Aussprache im "Proletarier" schälen wir folgende - von den einzelnen Maschinenführern als wichtig erachtete - Kernpunkte heraus:

1. die Gegnerschaft der Verbandsleitung gegen die Forderung der Papiermaschinenführer zur Angestelltenversicherung;
2. die Stellungnahme der Papiermaschinenführer im Betriebe und in der Gewerkschaftsorganisation;

3. die Abschaffung der unentgeltlichen Werkwohnung durch den Gesamtarbeitsvertrag;
4. die Abschaffung der sonstigen Vergünstigungen (freien Brand, Licht usw.) durch den Gesamtarbeitsvertrag, und
5. die Lohngestaltung der Papiermaschinenführer im Rahmen der Bezirkslohnverträge.

Kollege Engelhardt kann noch nicht vergessen, daß wir uns, als nach der Revolution aus dem Kreise einiger Papiermaschinenführer der Anschluß der Maschinenführer an die Angestelltenversicherung gefordert wurde, gegen diesen Anschluß wandten. Unsere Gegnerschaft gegen den Anschluß der Papiermaschinenführer - die mit Mißgunst oder Neid gar nichts gemein hat - beruhte einfach auf der Tatsache, daß die berufliche Tätigkeit der Papiermaschinenführer den gesetzlichen Bestimmungen zur Aufnahme in die Angestelltenversicherung nicht entspricht, wobei es ganz ohne Bedeutung ist, wenn es einzelnen Unternehmern gelungen sein sollte, einige Maschinenführer in die Angestelltenversicherung hineinzuschmuggeln. Die Aufnahme der Papiermaschinenführer ist also rechtlich und gesetzlich unmöglich. Eine Vergleichsmöglichkeit in bezug auf Berufstätigkeit und Verantwortung bieten die Buch- und Steindruckmaschinenmeister im graphischen Gewerbe. Auch diese tragen die Verantwortung für ihre Maschine, auch diese haben das an ihrer Maschine stehende Hilfspersonal anzulernen, anzuweisen und zu beaufsichtigen, und unterliegen trotzdem - auch als gelehrte Arbeiter - der Angestelltenversicherung nicht. Die damalige Propaganda einiger Papiermaschinenführer zum Anschluß an die Angestelltenversicherung wäre deshalb auch dann noch im Sande verlaufen, wenn wir sie unterstützt hätten. Wir waren aber auch aus prinzipiellen Gründen verpflichtet, diese Propaganda nicht zu unterstützen. Die freien Gewerkschaften, einschließlich der im IFA-Bunde organisierten kaufmännischen Angestellten, Werkmeister, Techniker und Ingenieure, stehen auf dem Standpunkte, daß eine jede Zersplitterung der sozialen Beschlagung und jede Klassifizierung der Arbeitnehmerschaft unbillig ist und verlangen deshalb eine Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung, um der gesamten Arbeitnehmerschaft die größtmöglichen sozialen Unterstüßungen zu lassen und die durch den Zusammenschluß herbeigeführte Verbilligung der Verwaltung beider Versicherungen die Leistungsfähigkeit einer einheitlichen Versicherungsanstalt zugunsten der Arbeitnehmer zu heben. Ein derartiger Zusammenschluß wird auch von Vertretern der Landesversicherungsanstalten warm unterstützt, dagegen von den Unternehmern, den deutschnationalen kaufmännischen Verbänden, den christlichen und Hirsch-Dünckerischen Gewerkschaften bekämpft. Die in unserem Verbände organisierten Maschinenführer sollten deshalb einsehen, daß die einheitliche Gestaltung der Sozialversicherung nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Arbeitnehmerschaft überhaupt liegt.

Wenn von den Maschinenführern darüber geklagt wird, daß ihre Autorität im Betriebe durch die übrige Arbeitnehmerschaft untergraben wird, so bedauern wir dieses, wenn der Maschinenführer als Arbeits- und Gewerkschaftskollege der übrigen Arbeitnehmerschaft gegenüber seine Pflicht erfüllt. Wir glauben jedoch, daß manche Reiberei und Unannehmlichkeit im Betriebe vermieden werden könnte, wenn der Papiermaschinenführer sich nicht nur als die erste Arbeitskraft im Betriebe fühlte, sondern wenn er auch in gewerkschaftlicher Beziehung der übrigen Kollegenschaft führend vorangehen würde. Leider ist dieses nicht bei allen Maschinenführern und nicht in allen Betrieben der Fall. Das Vertrauen der Kollegenschaft zu den Maschinenführern kann wesentlich gehoben werden, wenn diese sich auch uneigennützig als Führer der organisierten Arbeitnehmerschaft im Betriebe zur Verfügung stellen. In solchen Fällen haben die Maschinenführer ein moralisches Anrecht darauf, daß sie nicht nur in der Betriebsvertretung, sondern auch in der Organisation als Vertrauensmänner ihre Wünsche und Stimmungen zur Geltung bringen, und daß sie beim Abschluß der Lohn- und Arbeitsverträge im Sinne ihres Standes und zum Wohle der organisierten Papierarbeiterchaft mitwirken.

Von einem Teil der Papiermaschinenführer wird heute noch behauptet, daß die freie Werkwohnung durch den Gesamtarbeitsvertrag in Wegfall gekommen ist. Das heißt den Charakter der freien Werkwohnungen einfach verkennen. Die Kritiker mögen doch einmal zurückdenken an die Zeit vor dem Kriege, welchen Unternehmern zweckten die freien Werkwohnungen? dienen, und sie werden finden, daß gerade diese freien Werkwohnungen die schlimmsten Fesseln der Papierarbeiterchaft waren. Wer als Papierarbeiter - ganz gleich, in welcher Facharbeiterstellung - schon einmal das Vergnügen hatte, auf der Jagd seiner Arbeitsstelle gleichzeitig mit seiner Familie aus der freien Werkwohnung auf die Straße geschickt worden zu sein, der wird sicherlich die alten Zustände nicht wieder zurücksehen. Wer als organisierter Papierarbeiter vor der Revolution erfahren mußte, wie ihm der Mietvertrag der freien oder bezahlten Werkwohnung vorkam, wie viele seiner Angehörigen im Betriebe zu arbeiten verpflichtet waren oder die Werkwohnung zu räumen hätten, der wird gern auf solche freien Wohnungen und Mietverträge pfeifen, die ihn und seine Familie in das schlimmste Sklavenverhältnis zum Unternehmer brachten. Wer weiterhin als organisierter Papierarbeiter vor der Revolution die Erfahrung machen konnte, wie die freien und bezahlten Werkwohnungen der Gewinnerschmuffelei dienten, wie durch die Drohungen mit der Zwangsäumung der Werkwohnungen jeder wirtschaftliche Kampf gegen das Unternehmertum unmöglich gemacht wurde, der wird die Loslösung des Mietvertrages vom Arbeitsvertrage nur freudig begrüßen. Wenn auch der Vorteil dieser Trennung von Arbeits- und Mietvertrag unter der Wohnungszwangswirtschaft schwerlich nicht zur Geltung kommt, so mögen die Papierarbeiter einschließlich der Maschinenführer doch nicht vergessen, daß auch die Zwangsäumung nicht ewig währt und daß die Unternehmung ohne diese Trennung von Arbeits- und Mietvertrag wirtschaftlos von dem Räumungsrecht Gebrauch machen, wenn die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben wird. Ob mit der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft aber auch die Wohnungsnot bereits gelöst wird, ist noch mehr als fraglich. Aber selbst wenn die Wohnungsnot gelöst sein sollte, kann es dem Arbeiter nicht gleichgültig sein, ob er mit

der Lösung seines Arbeitsverhältnisses auch zugleich die Wohnung zu räumen oder Zwangsäumung zu erwarten hat. Die Bewahrung von freiem Brand, Licht und anderen kleinen Vergünstigungen war vor dem Abschluß des Gesamtarbeitsvertrages nur in den wenigsten Fällen ein vertragliches Recht des Arbeitnehmers. Fast in allen Fällen bildeten diese Vergünstigungen - genau wie die Prämien - ein Geschenk des Arbeitgebers, das entsprechend den Bestimmungen der Arbeitsordnung jederzeit in Abzug und in Wegfall gebracht werden konnte. Sehr häufig dienten diese Vergünstigungen dazu, um den Arbeitnehmer auf das unerhörteste zu schikanierten. Wir mühten deshalb diese Geschenke beim Abschluß des Gesamtarbeitsvertrages beseitigen, um dadurch dem Arbeitnehmer die Schikanierungsmöglichkeiten zu nehmen.

Ebenso wenig wie bei dem Wegfall der freien Werkwohnungen dachte beim Abschluß des Gesamtarbeitsvertrages auf Arbeitnehmerseite jemand daran, bei der Beseitigung dieser Geschenke die in Frage kommenden Arbeitskollegen finanziell zu schädigen. Der Ausgleich dafür sollte vielmehr in der Lohnbildung erfolgen. Wir kommen damit gleichzeitig zur Lohnbildung der Papiermaschinenführer im Rahmen der Bezirkslohnverträge. Bei der Beurteilung der Lohnbildung für die Maschinenführer darf vor allem auch die psychologische Einstellung der Arbeitnehmerschaft nach Ausbruch der Revolution nicht übersehen werden. Dem Rufe der gleichmäßigen Bezahlung vom Hofarbeiter bis zum Direktor verbot sich auch die Papiermaschinenführer nicht zu entziehen, und mancher Papiermaschinenführer, der heute die Lohnpolitik der Gewerkschaften verurteilt, hat damals in diesen Ruf mit eingestimmt, mancher Maschinenführer war damals als Gehilfe noch der eifrigste Streiter in diesem Kampfe.

Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 die Gewerkschaften an den Aufbau der Bezirkslohnverträge herangingen, da waren es nicht wenige Betriebe, in denen der Einheitslohn vom Hofarbeiter bis zum Maschinenführer durchgeführt war. In anderen Betrieben waren die Lohnunterschiede zwischen Fach- und Hofarbeiter so gering, daß von einem Leistungsunterschied einfach nicht mehr gesprochen werden konnte. Auf diese tatsächlichen Verhältnisse - wobei noch die Schwierigkeit vorhanden war, daß der Lohn sich in jedem Betriebe anders gestaltet hatte - mußte beim Abschluß der Bezirkslohnverträge Rücksicht genommen und auf sie aufgebaut werden. Dadurch sind die Löhne der Papiermaschinenführer zweifellos in das Hintertreffen geraten. Als dann die Inflation in voller Schärfe einsetzte, konnte bei der Lohngestaltung auf die berechtigten Wünsche der Facharbeiter - nicht nur der Maschinenführer - fast gar keine Rücksicht genommen werden, da es sich darum handelte, Löhne festzusetzen - und wer erinnert sich nicht mehr der zwei- und einwöchentlichen, ja der wöchentlich zweimaligen Lohnverhandlungen, die den Arbeiter vor dem Hungertode bewahrten.

Die gleiche Entwicklung haben übrigens nicht nur die Löhne der Papierarbeiter, sondern die der Arbeiter aller Berufe durchgemacht. In den Organisationen vieler gelernter Arbeiter vollzog sich die Lohnentwicklung ähnlich. Gelernte Arbeiter, die vor und während des Krieges Lohnunterschiede bis zu 50 Prozent gegenüber den in ihren Berufen beschäftigten ungelerten Arbeitern zu verzeichnen hatten, waren unter den oben genannten Verhältnissen auf einen Lohnunterschied von 10 Prozent und nur wenig darüber gesunken.

Nach der Stabilisierung der Mark kam die Forderung der Unternehmer auf Lohnabbau. Auf der ganzen Linie verweigerten sie ebenso einen an die Friedensverhältnisse annähernden Lohnausgleich für die Facharbeiter und Maschinenführer. Auch heute noch stehen sie in vielen Bezirken der Forderung an eine ausreichende Bezahlung der Maschinenführer und Facharbeiter ablehnend gegenüber. Gegen den Widerstand ganzer Bezirksarbeitgebergruppen der Papiererzeugungsindustrie mußten für einzelne Bezirke bei den Verhandlungen vor dem Tarifamt die Löhne der Maschinenführer und Facharbeiter schrittweise aufgebaut werden. Und trotzdem beitragen in vielen Lohnbezirken die Löhne der Maschinenführer auch heute noch erst Hofarbeiterlohn höchstens plus 20 Prozent. Die Arbeitgeber werden ernstlich nicht bestreiten können, daß der dem Tarifamt angehörende Branchenleiter sowie der Kollege Rücker fast in jeder Tarifaufstellung, die sich mit Bezirkslohnregelungen zu befassen hatten, für eine wesentlich höhere Entlohnung der Maschinenführer und der übrigen Facharbeiter eingetreten sind. Es ist dieses für jeden Fachmann und Kenner der Papiererzeugungsindustrie eine Selbstverständlichkeit. Wenn trotzdem die Wünsche der Maschinenführer und Facharbeiter nicht berücksichtigt wurden, so liegt dies lediglich und allein an dem Widerstande der Unternehmer. Selbstverständlich durften wir bei allen Forderungen die berechtigten Wünsche der übrigen Papierarbeiter und -arbeiterinnen nicht aus dem Auge lassen. Wir konnten und durften nicht zugeben, daß die von den Maschinenführern und Facharbeitern mit Recht geforderte Höherentlohnung auf Kosten der übrigen Arbeitnehmer geht. Eine zur ausreichenden Lebenshaltung notwendige Lohnbildung für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen, eine der Fachleistung entsprechende Höherentlohnung für Maschinenführer und Facharbeiter war in der Vergangenheit und bleibt auch in der Zukunft unser Ziel.

Einige besonders "schlane" Unternehmer und Fabrikdirektoren haben versucht, die Unzufriedenheit der Maschinenführer zu ihren Gunsten auszunutzen. Sie haben ihren Maschinenführern Monatslöhne angeboten, die in ihrer Umrechnung nicht wesentlich über den tariflichen Stundenlöhnen stehen, um sie von der Gewerkschaftsorganisation zu trennen und sie für das Zweischichtensystem gefügiger zu machen. Andere Unternehmer haben ihren Maschinenführern in die Ohren flüstern lassen, daß sie eigentlich nicht in den Fabrikarbeiter, sondern in den Werkmeisterverband gehören, trotzdem sie ganz genau wissen, daß der Werkmeisterverband für die Maschinenführer gar nichts unternehmen kann. Pflügend sein wollende Syndikate und Arbeitgeber haben den Maschinenführern eingeflüstert, eine eigene Organisation zu gründen, trotzdem auch ein solches Gebilde ohne Zusammenhang mit der übrigen Papierarbeiterchaft lebensunfähig bleiben muß. Leider haben die Unternehmer bei einem, wenn auch kleinen Teile der Maschinenführer für diese Bestrebungen willige Ohren gefunden. Wir erinnern nur an den Coalmeyers Stopp, der mit einigen Maschinenführern eine Bitt-

prozeßion zum Unternehmerrückgang nach Dresden unter-
nommen hat, der in einer Konferenz sächsischer Papier-
maschinenführer erklärte, die verlängerte Arbeitszeit sei doch
nicht zu umgehen, und der gewillt war, mit seiner gelben
Papiermaschinenführervereinigung den Unternehmern Vor-
spanndienste zu leisten. Das Ergebnis seiner künftigen Ver-
handlungen ist allerdings gleich Null. Er hat aber erreicht, daß
eine Zersplitterung unter den sächsischen Papiermaschinen-
führern Platz gegriffen hat und daß die Unternehmer als
lachende Dritte dastehen.

Leider hat die Aussprache im „Proletariat“ keine Wege
zur Lohnregelung der Maschinenführer gezeigt. Alle zum
Wort gekommenen Maschinenführer haben nur auf die zu
geringe Entlohnung gegenüber der Vorkriegszeit hingewiesen,
mit einer einzigen Ausnahme. Auch die von einzelnen
Kollegen herangezogenen Lohnsätze der Maschinenführer sind
nicht ganz einwandfrei, weil in der Vorkriegszeit eine ein-
heitliche tarifmäßige Entlohnung der Maschinenführer in keinem
Betriebe vorhanden war, und weil die Löhne der Maschinen-
führer mit Ausnahme eines halben Dutzend Betriebe in ganz
Deutschland von den Unternehmern individuell geregelt
wurden, so daß selbst in ein und demselben Betriebe die Löhne
der Maschinenführer oftmals nicht unerheblich schwankten.
Die Unternehmer zogen dabei noch die Schnelligkeit der
Maschinen und das Produktionsergebnis, die auf den ein-
zelnen Maschinen erzeugten Sortenunterschiede und die
Brauchbarkeit des einzelnen Maschinenführers in Betracht.
Daneben blieb das „persönliche Wohlwollen“ der Direktoren,
Betriebsleiter und Werkführer dem Maschinenführer gegen-
über nicht außer Rechnung. Häufig erhielten die größten
Schmuler die höchsten Löhne.

Es bedarf der eingehendsten Erwägung, ob an dem
Ortsklassen-Einheitslohn der Maschinen-
führer noch festgehalten werden kann, wenn in
noch stärkerem Maße die Wünsche der Maschinenführer ver-
treten werden sollen. Undurchführbar erscheint uns aber der
Vorschlag des sächsischen Kollegen, der die Lohnregelung der-
artig gestalten will, daß die Löhne der Maschinenführer
20 Prozent unter den Löhnen der Werkführer bleiben. Eine
derartige Entlohnung würde die automatische Anpassung der
Maschinenführerlöhne an die Werkführerlöhne voraussetzen.
Da aber die Löhne der Werkführer nicht durch unseren Ver-
band geregelt werden, und auch keine Aussicht besteht, ge-
meinsame Lohnverhandlungen mit dem Werkmeisterverbande
zu machen — dessen Lohnregelung für die Papiererzeugungs-
industrie übrigens auch nicht ganz losgelöst werden kann von
der Lohnregelung der Werkmeister in anderen Berufsgruppen
— so würden nicht nur die Maschinenführer in die unange-
nehme Lage kommen, daß ihre Löhne nicht mit denen der
übrigen Arbeiterschaft geregelt werden. Weiterhin würden
Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die
Papierarbeiterschaft fast unmöglich gemacht, da sie infolge der
andere laufende Tarife für die Werkführer entweder tarif-
brüchig werden müßten und sich dann der Schadenersatzpflicht
gegenüber den Unternehmern aussetzen würden, oder aber die
Maschinenführer würden tariflos bleiben und dann von den
übrigen kämpfenden Papierarbeitern als Streikbrecher be-
trachtet werden. Daß dadurch die Gegensätze nicht gemildert,
sondern zwischen Papierarbeiterschaft und Maschinenführer
noch verschärft würden, ist ganz selbstverständlich, aber sicher
nicht wünschenswert. Außerdem dürfte es den Unternehmern
viel leichter sein, sich mit ihren Werkführern zu verständigen
als mit der Organisation der Papierarbeiterschaft. Wir haben
bei der Verlängerung der Arbeitszeit nirgends auf Seiten der
Werkführer, Saalmeister und Kalanderaufseher einen
nennenswerten Widerstand gefunden, während auf Seiten der
Arbeiterschaft Abwehrstreiks nicht zu umgehen waren. Wir
erinnern nur an den monatelangen Abwehrkampf in der ost-
preussischen Zellstoffindustrie, an die Streiks in Wschaffenburg,
Stodtstadt, Waldhof, Albrück usw. Nirgends haben sich
unseres Wissens bei diesen Kämpfen gegen die Verlängerung
der Arbeitszeit die Werkführer und Betriebsangestellten mit
den Arbeitern durch Verlassen der Betriebe solidarisch erklärt.
Daraus geht ohne weiteres hervor, daß eine Verständigung
der Unternehmer mit ihrem technischen Personal viel leichter
möglich ist. Wir können uns sehr wohl vorstellen, daß in
einem Betriebe, in dem der Unternehmer die Bezahlung seiner
technischen Angestellten nach dem Lohnsatze des Werkmeister-
verbandes abzieht, es zu einer Betriebsverständigung zwischen
Unternehmer und Werkführern kommt, bei der die Löhne der
Werkführer unter dem Tarife bleiben, wofür der Unter-
nehmer seinen Werkführern dann vielleicht höhere Produk-
tionsprämien verabreicht. In solchen Fällen ist dann der Ma-
schinenführer der doppelt Lachende.

Also dieser Weg ist nicht gangbar. Um aber der
Maschinenführerschaft den ernstlichen Willen des Verbandsvor-
standes zu zeigen, die Lebenshaltung der Maschinenführer und
der übrigen Facharbeiter auf die ihrer Leistung angemessene
und entsprechende Höhe zu bringen, hat der Vorstand bereits
die die Bezirkslohnabschlüsse tätigenenden Vorstände zu einer
Erörterung dieses Problems eingeladen, um, wenn möglich,
in allen Lohnbezirken einen gemeinsamen Vorstoß in dieser
Frage unternehmen zu können. Die Kollegenschaft wird in
geeigneter Weise von den Beschlüssen dieser Konferenz in
Kenntnis gesetzt.

Alle Bemühungen des Verbandes werden aber nur dann
von Erfolg gekrönt sein, wenn die gesamte Papierarbeiter-
schaft einschließlich der Maschinenführer in den nächsten
Wochen für einen kräftigen Ausbau ihrer Berufsorganisation,
den der Fabrikarbeiter Deutschlands, sorgt.

Die Branchenleitung
J. A. G. S i e h l e r.

Nahrungsmittel-Industrie

**Rohstoffmangel und Arbeitslosigkeit in der Obst-
und Gemüse-Konserve-Industrie.**
Die Obst- und Gemüse-Konserve- sowie die Nahrungsmittel-
und Marmeladen-Industrie sind Industriezweige, die in erster
Linie auf den Massenkonsum eingestellt sind. Einen großen
Teil ihrer Erzeugung nahmen in der Vorkriegszeit die
Schiffahrt, das Heer und die Marine auf.

Die Industrie hatte während des Krieges einen steilen
Anstieg zu verzeichnen. Die Massenversorgung des
Heeres und die Beschaffung von „Ersatz-Nahrungsmitteln“
führte dazu, daß jeder glaubte, in der Nahrungsmittel-
fabrikation sein Heil versuchen zu müssen. Jede Kleinst-
fabrik wurde in eine Marmeladen- oder Nahrungsmittel-
fabrik umgewandelt. Die
aus dieser sogenannten Winkel-Industrie kommenden Pro-
dukte waren oft alles andere als Nahrungsmittel. Unter dieser
Schmutzkonkurrenz kam auch die alte Konserve-Industrie
zum Teil in Verfall.

Nach Beendigung des Krieges war jeder zufrieden, daß
wir aus dem „Marmeladenzeitalter“ wieder herauskamen.
Eine bestimmte Absicht gegen jede konservierte Ware be-
stand unter der Bevölkerung. Daß hatte zur Folge, daß die
Konserve-Industrie stark zurückging. Die Wirkungen des
Krieges und der Rückgang der Industrie, herbeigeführt durch
den Konsumrückgang, bewirkte naturgemäß auch einen Rück-
gang beim Anbau der Rohstoffe, die in erster Linie für die
Konserve-Industrie angebaut wurden.

Braunschweig ist das klassische Land der Konserve-Indu-
strie. Es ist daher nur natürlich, daß sich die Braunschweiger
Landesregierung um diesen Industriezweig besonders bemüht,
besondere Erhebungen über den Anbau von Gemüse an-
stellt usw. Während im übrigen Deutschen Reich alljährlich
nur Erhebungen angestellt werden über den feldmäßigen Ge-
müseanbau in ihrer Gesamtheit, so werden bei den Braun-
schweiger Erhebungen jeweils die einzelnen Gemüsesorten
erfaßt. Es ist für die Öffentlichkeit, namentlich aber für die
in der Konserve-Industrie Beschäftigten von Interesse, zu
beobachten, wie sich der Gemüsebau in Braunschweig seit
1913 bis 1924 entwickelt hat. Der Kürze halber wollen wir
nur die Zahlen von 1913 mit 1924 gegenüberstellen. Danach
würden in den einzelnen Kreisen des Freistaates Braun-
schweig angebaut:

| Kreis | Jahr | Spargel | Grüne Erbsen | Grüne Bohnen | Weiß hohl | Sonst. Gemüse | Zus. |
|---------------------------|--------|---------|--------------|--------------|-----------|---------------|------|
| | ha | ha | ha | ha | ha | ha | ha |
| Braunschweig | 1913 | 580 | 417 | 146 | 35 | 109 | 3330 |
| | 1924 | 0:7 | 331 | 164 | 19 | 219 | 1750 |
| Wolfenbüttel | 1913 | 84 | 290 | 107 | 50 | 238 | 869 |
| | 1924 | 74 | 472 | 73 | 31 | 287 | 932 |
| Helmstedt | 1913 | 730 | 76 | 102 | 20 | 109 | 1037 |
| | 1924 | 344 | 118 | 33 | 5 | 126 | 676 |
| Gandersheim | 1913 | 2 | 100 | 32 | 23 | 63 | 220 |
| | 1924 | — | 77 | 10 | 12 | 77 | 176 |
| Holzminde | 1913 | — | 1 | 1 | 4 | 35 | 41 |
| | 1924 | — | 6 | 2 | 2 | 45 | 55 |
| Blantenburg | 1913 | 1 | — | 1 | 1 | 13 | 16 |
| | 1924 | 1 | — | 6 | 2 | 6 | 5 |
| Braunschweig insgesamt | 1913 | 3497 | 884 | 432 | 132 | 367 | 5513 |
| | 1924 | 1433 | 998 | 336 | 70 | 791 | 3587 |
| Rückgang | überh. | -2064 | +114 | -97 | -63 | +184 | 1926 |
| Zunahme | Droz. | - | 13 | -23 | +47 | +32 | -35 |

Vorstehende Tabelle zeigt, daß bei dem feldmäßigen
Gemüseanbau, namentlich aber beim Spargelanbau, seit 1913
ein starker Rückgang zu verzeichnen ist. Die übrigen
Spargelgebiete liegen nun zum größten Teil in den an
Braunschweig angrenzenden Landesanteilen des Deutschen
Reiches. Auch hier wird über starken Unbaurückgang ge-
klagt. Allgemein wird behauptet, daß seit 1914 keine neuen
Spargelfelder angelegt wurden.

Die Gesamtanbaufläche Deutschlands betrug im Jahre
1913 rund 25 1/2 Millionen Hektar. Davon waren mit feld-
mäßigen Gemüsebau 1,05 Prozent bepflanzt. Der gesamte
feldmäßige Gemüseanbau im Freistaat Braunschweig betrug im
Jahre 1913 rund 215 556 Hektar. Davon entfielen auf feld-
mäßigen Gemüseanbau 5313 Hektar gleich 2,5 Prozent. Diese
Gegenüberstellung zeigt, daß der feldmäßige Gemüseanbau in
Braunschweig anteilig an der gesamten Feldbestellung weit
mehr als doppelt so hoch ist als in den anderen Gebieten des
Deutschen Reiches. Der gesamte deutsche Spargelanbau be-
trug 1913 rund 13 660 Hektar. Davon entfielen auf Braun-
schweig 3497 Hektar. Demnach baute Braunschweig damals
also über 1/4 des gesamten Spargels Deutschlands an.

Nach obiger Zusammenstellung ist nun beim Spargel-
anbau in Braunschweig ein Rückgang von 59 Prozent, beim
Anbau der grünen Bohnen ein Rückgang von 23 Prozent
und beim Anbau von Weißhohl ein Rückgang von 47 Pro-
zent zu verzeichnen. Der Anbau von grünen Erbsen und
sonstigem Gemüse ist dagegen um 13 bzw. um 32 Prozent
gestiegen. Der Gesamtrückgang beim Gemüsebau beträgt aber
immer noch 35 Prozent. Braunschweig steht also mit seinem
feldmäßigen Gemüseanbau heute weit hinter dem Jahre 1913
zurück.

Man mag sich zum Spargelanbau stellen wie man will,
auf alle Fälle war die Spargelkonkurrenz für die in der
Konserve-Industrie Beschäftigten eine der wichtigsten
Arbeitsgelegenheiten. Braunschweig und eine Reihe anderer
Orte sind mit einem Teil der Bevölkerung auf diese Arbeit
eingestellt. Die Spargelkampagne war für viele Familien
eine wichtige Einnahmequelle. Fallen nun die Rohstoffe bis
zu 60 Prozent aus, dann bedeutet das für einen erheblichen
Teil dieser Familien Minderbeschäftigung und Minder-
einnahme. Aber nicht nur die Kampagnearbeiter werden
davon betroffen, sondern auch für die ständigen Arbeiter
bringt Rohstoffmangel allerlei unliebsame Erscheinungen.
Es werden Feierschichten eingesetzt, es wird verkürzt ge-
arbeitet usw.

Die meiste Schuld an diesem Minderanbau tragen die
Landwirte und die Gemüsebauern. Sie nutzen die Unbe-
knappheit aus, um horrenden Preise für ihre Produkte zu er-
zielen. Nach dem neuesten Lieferungsvertrag soll der Jenaer
Spargel mittlerer Sorte 42 bis 68 Mk. und beste Sorte
sogar 90 Mk. kosten. Ähnlich liegen die Dinge bei anderen
Gemüsesorten. Das sind Preise, die zu den Unkosten in
keinem Verhältnis stehen. Auf diese Weise werden aber die
konservierten Gemüse so im Preise gesteigert, daß die Masse
der Konsumenten sie nicht kaufen kann. Wo aber Massen-
absatz fehlt, da kann die Industrie an einen Aufstiege nicht
denken.

Aus obiger Tabelle könnte der Schluß gezogen werden,

daß eine allgemeine Gemüseknappheit eintreten müsse. Vieles
ist kaum zu befürchten, da dem verminderten Feldgemüse-
anbau eine erhebliche Steigerung im Kleingartenbau gegen-
übersteht. Letztere kommen indes als Lieferanten für die
Konservefabriken nicht in Frage. Die Lieferanten für die
Konservefabriken aber nutzen den Unbaurückgang rücksichts-
los zu riesigen Preissteigerungen aus.

Die Hauptleidtragenden sind hier zunächst die Konserve-
arbeiter. Die Industrie wird versuchen, die hohen Rohstoff-
preise durch hohe Verkaufspreise wieder hereinzubringen.
Der gesunde Geschäftsgrundsatz: Großer Umsatz, kleiner
Nutzen, gilt ja allgemein im Geschäftsbetriebe heute nicht mehr.
Ja, man kann sagen, der umgekehrte Grundsatz ist fast immer
die Regel. Für die Arbeiterschaft aber bedeutet Minder-
produktion Arbeitsausfall und Verdienstausschlag.

Die Löhne der Konservearbeiter sind indessen diesen
schwankenden Verhältnissen nicht angepasst. Trotzdem wird
aber von denen, die die Rohstoffpreise so hoch treiben, über
die hohen Löhne geschimpft. Es gibt für die Konserve-
arbeiterschaft in dieser Situation nur ein Mittel, mit dem sie
ihre Lage verbessern kann: Das ist restloser Anschluß
an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Nur durch eine geschlossene wirtschaftliche Organi-
sation kann die Arbeiterschaft der Konserve-Industrie die
drohenden Gefahren abwehren.

Industrie der Erbsen und Erden

Ein Bild von den Feldziegelclien.

Wenn die Frühlingsbrise die Erbsen der Erstarrung ent-
winters löst, wenn erste grüne Blätter aus den braunen
dampfenden Schollen sprießen, beginnt für den Ziegelarbeiter ein
neues Jahr voll Schweiß, Mühe und harter Arbeit.

Armer als er im Herbst gegangen, kommt er im Frühjahr mit
den ersten Schwalben wieder, um den Kampf um seine Existenz und
die seiner Familie von neuem anzunehmen. Schwere Arbeit, lange
Arbeitszeit, ohne mehr als primitive Unterkunft und selten ein
Lohn, der mit seinen außerordentlichen Arbeitsleistungen im Ein-
klang steht, erwarten ihn.

So geht es dem Ziegelarbeiter Jahr um Jahr; ein ewiger
Kampf, der mit jedem neuen Frühjahr beginnt. Anders als in den
übrigen Industrien liegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den
Ziegelclien. Saisonarbeit ist überwiegend das Merkmal dieses In-
dustriezweiges, der Verdienst wird durch jegliche ungünstige Wir-
kung noch außerdem geschnitten. Während die Qualitätsindustrie
systematisch um Lohn und Arbeitsbedingungen schon in der
Vorkriegszeit kämpften und heute erneut die Arbeitszeit auf den
achtstündigen Arbeitstag festzusetzen bestrebt sind, haben die Unter-
nehmer dieser Industrien wohl oder übel dem neuen Zuge der Zeit
Rechnung tragen müssen.

Anders in der Ziegelindustrie. Immer noch hat die Arbeiter-
schaft hier teilweise mit Arbeitgebern zu kämpfen, die sich allen ge-
rechten Forderungen der neuen Zeit verschließen und über die al-
tergebrachten Anschauungen, Wirtschafts- und Produktionsformen
nun einmal nicht hinwegwollen.

Immer und immer wieder versucht man bei Verhandlungen die
glorreichen Zustände der Vorkriegszeit als letzte treffende Argu-
mentation ins Feld zu führen und vergißt, daß ein ziemlich großer
Teil der Arbeitgeber doch alle Ursache hätte, diese vergangenen
menschenunwürdigen Zustände schweigend begraben sein zu lassen.
Wenn es in der Nachkriegszeit etwas besser wurde, wenn der
Mensch im Ziegelclien neben der Arbeitsmaschine zur Geltung
kam, so doch nur durch das feste, einmütige Zusammenstehen in der
Organisation, die mit den alten Verhältnissen aufträumte.

Das vergangene Arbeitsjahr war für die wirtschaftlich
Schwachen eines der schlechtesten seit langer Zeit. Die große Krise
der Bauwirtschaft im Verein mit der vollständig verregneten Saison
drückte die Lebenshaltung der Kollegen auf den Nullpunkt her-
unter. Die Organisation litt ungenauer, die Auswirkung blieb nicht
aus und die Kollegen mußten von Frühjahr bis zum Herbst mit
einem Stundenlohn von 55 Pf. in der Gruppe A zufrieden sein.
Der Mantelkattig ging zu Ende, ohne daß ein neuer an seine Stelle
trat. Ein verregelter Zustand war die Folge, was mancher
Kollege bitter zu fühlen bekam.

Ein neues Jahr hat begonnen; was wird es den Ziegel-
arbeitern bringen? Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird dieses
Jahr eines der besten seit langer Zeit. Eine allgemeine Belebung
der gesamten Bauwirtschaft und damit eine große Nachfrage nach
Ziegeln setzt ein. Die Ziegelclien müssen die Betriebe vergrößern,
die Preissteigerungen sind überplanmäßig vergrößert. Die Arbeit-
geber versuchen unter Aufsichtung der gesamten Produktionsmöglich-
keiten die Konkurrenz voll auszunutzen. Breiter und geschlossener
wird die Basis der Arbeitgeberverbände. Gemeinsamer Schuss, ein-
heitliches Vorgehen bei Lohnansprüchen der Arbeitnehmer wird das
Resultat dieser Konzentration sein. Verut daraus, Ziegelclien
— daß bei der beginnenden Hochkonjunktur trotz Arbeitszeitverord-
nung und Befehlen der normale Arbeitstag unter die Räder kommt
ist weiter kein Wunder. Der Zehntagendag ist schon bald die ideale
Mindestnorm. Eine Neuregelung der Akkorde beschließt zur Zeit
zum großen Leidwesen der Betroffenen noch nicht, hier scheinen die
Arbeitgeber trotz zwingender Vorschriften des Mantelvertrages und
des Betriebsratsgesetzes jede Einmischung die den Anschein einer
Mißbilligung der Arbeiterschaft macht, sehr übel zu nehmen.
Der Stundenlohn beträgt zur Zeit 70 Pf. für Gruppe A,
67 Pf. für Gruppe B und für Arbeiterinnen über 18 Jahre 47 Pf.
pro Stunde vom 5. Februar an.

Etwas hoffnungsvoller sehen die Kollegen dieses Jahr in die
Zukunft. Erneut setzt die Agitation für den Verband der Fabrik-
arbeiter ein. Der auflebende Baustoffmarkt muß auch für die
Kollegen eine Auswirkung haben. Doch muß sich auch der letzte
Mann darüber klar sein, daß in der Ziegel-Industrie mehr als sonst
nur eine geschlossene starke Organisation zum Ziele führen kann.
Keine Illusionen fassen uns über die realen Tatsachen der Wirk-
schaft hinweg. Leben heißt kämpfen! Lohn- und Arbeitszeitfragen
sind Rechtsfragen. Wohlan, lernen wir an dem Tun der Arbeit-
geber, was der Weg zur Macht liegt. Schwerer als jeder andere
Beruf kämpft der Ziegler den Kampf um das nackte Dasein, in
Sonnenbrand und Hitze, von morgens früh bis abends spät. Ziegel-
arbeit ist Saison-, aber auch zum großen Teil Qualitätsarbeit. Ar-
beitszeit und Entlohnung stehen dazu im schreienden Widerspruch.
Soll es besser werden? Nicht schimpfen, nicht ohnmächtig Die-
Faustballen hiff! Nur die organisatorische Zusammenfassung kann
Besserung bringen. Einig und geschlossen muß der letzte Ziegler
hinein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Der ein-
zelne wird im Wirtschaftskampf zerrieben, die organisatorische
Stärke entscheidet. Nur so wird zum Erfolg aller der Ausgleich
zwischen Kapital und Arbeit erfolgen.

K. S. Frankfurt a. M.

Arbeiterklub und Arbeiterversicherung.

Wie sichere ich mir meine Ansprüche gegen die
Krankenkasse?
Von Jul. C o h n, 1. Direktor der Allgem. Ortskrankenkasse Berlin
Die Bestimmungen über Beginn und Ende der Mitglieds-
schaft bei einer Krankenkasse sind in den weitesten Kreisen
der Versicherten leider noch vielfach unbekannt. Infolgedessen
versäumen viele bei eintretender Erwerbslosigkeit, ihre Mit-

